



19. Sitzung

04.05.2018

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Tagesordnungspunkt 4 der Einladung, ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes“ in der **Drs. 7/2334** wurde von der Tagesordnung genommen.

1. a) **Aufklärung im Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh muss vorangetrieben werden**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1851**

b) **Vorlage der Akten im Fall Oury Jalloh**

Beschluss Landtag - **Drs. 7/2143**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/2416**

c) **Sachstand bei Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft im Fall Oury Jalloh**

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 7/REV/40**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm eine Berichterstattung der Landesregierung zu c) entgegen. Im Ergebnis der daran anknüpfenden Beratung erklärte er b) und c) für erledigt. Der Beratungsgegenstand a) wird in der nächsten Sitzung erneut behandelt.

2. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/1933**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den Landtag, welche er einstimmig verabschiedete, und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes mit Änderungen.

3. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/2169**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verabschiedete einstimmig eine Beschlussempfehlung an den Landtag, mit der er die Annahme des Gesetzentwurfes mit Änderungen empfiehlt.

4. a) Personalstrategie in der Justiz - Die Dritte Gewalt im Land Sachsen-Anhalt auf tragfähige Füße stellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/538**

b) Attraktivitätsoffensive Justizdienst - Justizwachtmeister aufwerten

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1155**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1211**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine Beratung durch und stellte für die Ausschusssitzung am 08.06.2018 die Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Landtag zu a) sowie einer Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss für Finanzen zu b) in Aussicht.

5. Antisemitische und den Völkermord an den europäischen Juden relativierende Äußerungen im Rahmen der Kundgebung "Standing for Human Rights in Jerusalem" am 16.12.2017 in Halle (Saale)

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/REV/36**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm eine Berichterstattung der Landesregierung entgegen und erklärte im Ergebnis der daran anschließenden Beratung den Selbstbefassungsantrag für erledigt.

6. Stand der Ermittlungen zur Tötung in Wittenberg am 29.09.2017

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/REV/37**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm eine Berichterstattung der Landesregierung entgegen und beschloss diesen Beratungsgegenstand in der Ausschusssitzung am 08.06.2018 in einer öffentlichen Sitzungsteil erneut zu behandeln.

7. Verschiedenes

7.1. Niederschriften

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschrift der 18. Sitzung am 23.03.2018.

7.2. Fachgespräch zu den Suizidfällen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt – ADrS. 7/REV/38

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich darauf, diesen Selbstbefassungsantrag in seiner Sitzung am 08.06.2018 im Rahmen einer nichtöffentlichen Anhörung zu behandeln. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung sicherte die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Anstaltsleitungen zu.

7.3. Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 AG VwGO LSA – Drs. 7/2594

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich zum Verfahren. Die Fraktionen sind gebeten, ihre Wahlvorschläge bis zum 01.06.2018 an den Ausschussdienst zu übermitteln.

7.4. Termine

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung findet am 08.06.2018 unter anderem mit folgenden Tagesordnungspunkten statt:

- Aufklärung im Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh muss vorangetrieben werden – Drs. 7/1851
- Personalstrategie in der Justiz - Die Dritte Gewalt im Land Sachsen-Anhalt auf tragfähige Füße stellen – Drs. 7/538
- Attraktivitätsoffensive Justizdienst – Justizwachtmeister aufwerten – Drs. 7/1155
- Wahl der Vertrauensleute und deren Stellvertreter für den beim Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt zu bestellenden Ausschuss gemäß § 7 Abs. 6 AG VwGO LSA – Drs. 7/2594
- Stand der Ermittlungen zur Tötung in Wittenberg am 29.09.2017 – ADrs. 7/REV/37
- Fachgespräch zu den Suizidfällen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt – ADrs. 7/REV/38
- Agieren des Vereins Leo e.V. im Rahmen sogenannter Homoheiler-Seminare – ADrs. 7/REV/41

8. Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag von Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet der akustischen Wohnraumüberwachung (Artikel 13 Abs. 6 Satz 3 GG) Bereich: Strafverfolgung

Befassung - **ADrs. 7/REV/39**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm den Bericht der Landesregierung in einem vertraulichen Sitzungsteil zur Kenntnis.

Mathias Goldbach
Ausschussdienst
